



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Dezember 2010 (17.01)
(OR. en)**

**17895/1/10
REV 1**

PUBLIC 90

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
OKTOBER 2010

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im Oktober 2010 angenommenen Rechtsakte ^{1 2},
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zur Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Gesetzgebungsakte, wie das Datum der Annahme, die betreffende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären beider Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://consilium.europa.eu/> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register) abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsakte (zugänglich auf der Website <http://consilium.europa.eu/>, Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Ratsprotokolle).

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT
IM OKTOBER 2010 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

Annahme von Rechtsakten nach der zweiten Lesung im Europäischen Parlament (Brüssel, 6./7. Oktober 2010)

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Ausdehnung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 auf Drittstaatsangehörige, die ausschließlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht bereits unter diese Verordnung fallen

Dok. PE-CONS 58/10

3034. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 7./8. Oktober 2010 in Luxemburg

Richtlinie 2010/64/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren.

ABl. L 280 vom 26.10.2010, S. 1-7

Verordnung (EU) Nr. 904/2010 des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer

ABl. L 268 vom 12.10.2010, S. 1-18

2010/616/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen

ABl. L 271 vom 15.10.2010, S. 3-3

Beschluss 2010/603/GASP des Rates vom 7. Oktober 2010 betreffend weitere Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)

ABl. L 265 vom 8.10.2010, S. 15-16

Erklärung der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu Eurofisc, das nach Kapitel X der Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer eingerichtet worden ist

ABl. C 275 vom 12.10.2010, S. 4-5

Schlussfolgerungen des Rates über das weitere Vorgehen bei der Umsetzung von Rechtsinstrumenten zur Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen

Dok. 13403/1/10 REV 1

2010/649/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Islamischen Republik Pakistan über die Rückübernahme von Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung

ABl. L 287 vom 4.11.2010, S. 50-51

Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Islamischen Republik Pakistan über die Rückübernahme von Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung
ABl. L 287 vom 4.11.2010, S. 52-67

2010/621/EU: Beschluss des Rates vom 8. Oktober 2010 über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Föderativen Republik Brasilien über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen, Dienstpässen oder sonstigen amtlichen Pässen von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten
ABl. L 273 vom 19.10.2010, S. 2-3

2010/622/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Föderativen Republik Brasilien über die Befreiung der Inhaber gewöhnlicher Reisepässe von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten
ABl. L 275 vom 20.10.2010, S. 3-4

2010/620/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Unterzeichnung eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Königreichs Marokko an den Programmen der Union
ABl. L 273 vom 19.10.2010, S. 1-1

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Indonesien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten
Dok. 10843/10

Schlussfolgerungen des Rates über die Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor zur Verbesserung der Sicherheit von Explosivstoffen
Dok. 13485/10

3035. Tagung des Rates der Europäischen Union (WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (BINNENMARKT, INDUSTRIE UND FORSCHUNG)) vom 11./12. Oktober 2010 in Luxemburg

Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinie 2003/71/EG betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, und der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind
ABl. L 327 vom 11.12.2010, S. 1-12

Richtlinie 2010/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapitalanforderungen für Handelsbuch und Wiederverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik
ABl. L 329 vom 14.12.2010, S. 3-35

Beschluss Nr. 938/2010/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über eine Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau
ABl. L 277 vom 21.10.2010, S. 1-3

Verordnung (EU) Nr. 994/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/67/EG des Rates (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 1-22

Richtlinie 2010/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 283 vom 29.10.2010, S. 1-10.

Verordnung (EU) Nr. 995/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 23-34

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004
Dok. PE-CONS 32/10 + COR 1 (fi) + REV 1 (cs) + REV 2 (sv) + REV 3 (pl) + REV 4 (it)

Verordnung (EU) Nr. 996/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Richtlinie 94/56/EG (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 295 vom 12.11.2010, S. 35-50

2010/623/EU: Beschluss des Rates vom 11. Oktober 2010 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banca d'Italia
ABl. L 275 vom 20.10.2010, S. 9-9

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Europa – wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus"
Dok. 14944/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Steigerung der Attraktivität der EU-Forschungs- und Innovationsprogramme: die Schwierigkeit der Vereinfachung"
Dok. 14980/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Einleitung von Initiativen für die gemeinsame Planung in den Bereichen "Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Klimawandel", "Kulturelles Erbe und globaler Wandel als neue Herausforderung für Europa" und "Gesunde Ernährung für ein gesundes Leben"
Dok. 14976/10

3036. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 14. Oktober 2010 in Luxemburg

Richtlinie 2010/66/EU des Rates vom 14. Oktober 2010 zur Änderung der Richtlinie 2008/9/EG zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer gemäß der Richtlinie 2006/112/EG an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige
ABl. L 275 vom 20.10.2010, S. 1-2

Beschluss des Rates betreffend die Teilnahme der Europäischen Union an den Verhandlungen im Rahmen des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen
Dok. 13480/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Vorbereitung der 10. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 10) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) (Nagoya, 18.-29. Oktober 2010)
Dok. 14161/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO₂-Emissionen"
Dok. 14979/10

Schlussfolgerungen des Rates zu den Vorbereitungen für die 16. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 16) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und für die 6. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (CMP 6) (29. November bis 10. Dezember 2010 in Cancún)
Dok. 14957/10

3037. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 15. Oktober 2010 in Luxemburg

Standpunkt des Rates vom 15. Oktober 2010 zum Berichtigungsschreiben Nr. 1 zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2011
Dok. 15000/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Aktionsplan für Anwendungen des Globalen Satellitennavigationssystems (GNSS)
Dok. 14146/10

Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits
Dok. 14030/10

Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Abkommens über den gemeinsamen Luftverkehrsraum zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits
Dok. 14031/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 1/2010 des Rechnungshofs (gemäß Artikel 287 Absatz 4 Unterabsatz 2 AEUV): Werden die vereinfachten Zollverfahren für Einfuhren wirksam kontrolliert?
Dok. 12760/3/10 REV 3

Beschluss 2010/619/GASP des Rates vom 15. Oktober 2010 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO
ABl. L 272 vom 16.10.2010, S. 19-19

Durchführungsbeschluss des Rates vom 15. Oktober 2010 zur Ermächtigung der Italienischen Republik, eine von Artikel 285 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Sonderregelung weiter anzuwenden
ABl. L 294 vom 12.11.2010, S. 12-13

3038. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 19. Oktober 2010 in Luxemburg

2010/655/EU: Beschluss des Rates vom 19. Oktober 2010 über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Zusammenarbeit beim Schutz der Küsten und Gewässer des Nordostatlantiks gegen Verschmutzung
ABl. L 285 vom 30.10.2010, S. 1-3

Schlussfolgerungen des Rates zur Gewährleistung der Effizienz und Effektivität der öffentlichen Ausgaben im Bereich der Hochschulbildung in der Zukunft
Dok. 14638/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Überprüfung bewährter Praktiken durch den Ausschuss für Wirtschaftspolitik
Dok. 14613/10

3039. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 21. Oktober 2010 in Luxemburg

Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat, der gemäß dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kroatien andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 35-35

Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 8-8

Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 1-1

Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 14-14

Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 21-21

Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat, der gemäß dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
ABl. L 306 vom 23.11.2010, S. 28-28

2010/707/EU: Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten
ABl. L 308 vom 24.11.2010, S. 46-51

Schlussfolgerungen des Rates zur Steuerung der Europäischen Beschäftigungsstrategie im Rahmen der Strategie "Europa 2020" und des europäischen Semesters
Dok. 15590/10

3040. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 25. Oktober 2010 in Luxemburg

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 965/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von Natriumgluconat mit Ursprung in der Volksrepublik China
ABl. L 282 vom 28.10.2010, S. 24-28

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 964/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Fahrzeugräder aus Aluminium mit Ursprung in der Volksrepublik China
ABl. L 282 vom 28.10.2010, S. 1-23

Verordnung (EU) Nr. 973/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 über die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira
ABl. L 285 vom 30.10.2010, S. 4-8

Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Bewertung der Durchführung der Vorruhestandsregelung nach Artikel 9 des Anhangs VIII des Beamtenstatuts und Artikel 39 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften
Dok. 14699/10

Schlussfolgerungen des Rates zum Antrag der Republik Serbien auf Beitritt zur Europäischen Union
Dok. 15305/2/10 REV 2

**3041. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN)
vom 25. Oktober 2010 in Luxemburg**

Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Auf dem Weg zu einer umfassenden europäischen Auslandsinvestitionspolitik
Dok. 14373/10

BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten im Namen der Union
Dok. 13752/10

BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung - im Namen der Union - eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits betreffen
Dok. 13756/10

BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung - im Namen der Union - eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Republik Ägypten zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits betreffen
Dok. 13760/10

Schlussfolgerungen des Rates zu Belarus
Dok. 15014/10

Schlussfolgerungen des Rates zu Usbekistan
Dok. 14949/10 + COR 1 (fi)

Schlussfolgerungen des Rates zu den Westlichen Balkanstaaten - Bosnien und Herzegowina
Dok. 15129/10 REV 1

Verordnung (EU) Nr. 961/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 423/2007
ABl. L 281 vom 27.10.2010, S. 1-77

Beschluss 2010/644/GASP des Rates vom 25. Oktober 2010 zur Änderung des Beschlusses 2010/413/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/140/GASP

ABl. L 281 vom 27.10.2010, S. 81-95

Beschluss 2010/638/GASP des Rates vom 25. Oktober 2010 über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea

ABl. L 280 vom 26.10.2010, S. 10-17

Beschluss 2010/639/GASP des Rates vom 25. Oktober 2010 über restriktive Maßnahmen gegen einzelne belarussische Amtsträger

ABl. L 280 vom 26.10.2010, S. 18-28

Überarbeitete Leitlinien für den Schutz von Zivilpersonen bei GSVP-Missionen und -Operationen
Dok. 15091/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Republik Moldau

Dok. 15521/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Sahelzone

Dok. 15570/10

Schlussfolgerungen des Rates zur Östlichen Partnerschaft

Dok. 15520/10

3042. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 26. Oktober 2010 in Luxemburg

2010/739/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2009/021 IE/SR Technics, Irland)

ABl. L 318 vom 4.12.2010, S. 36-36

Beschluss des Rates zur Festlegung der finanziellen Beiträge der zum Europäischen Entwicklungsfonds beitragenden Mitgliedstaaten (3. Tranche 2010)

Dok. 15043/10

Schriftliches Verfahren vom 29. Oktober 2010

Beschluss 2010/656/GASP des Rates vom 29. Oktober 2010 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire

ABl. L 285 vom 30.10.2010, S. 28-32

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE OKTOBER 2010

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Annahme von Rechtsakten nach der zweiten Lesung im Europäischen Parlament (Brüssel, 6./7. Oktober 2010) Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Ausdehnung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 auf Drittstaatsangehörige, die ausschließlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht bereits unter diese Verordnung fallen	PE-CONS 58/10	nicht zutreffend	nicht zutreffend
3034. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 7./8. Oktober 2010 in Luxemburg Richtlinie 2010/64/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Oktober 2010 über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren.	PE-CONS 27/10	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates Der Rat stellt fest, dass die Mitgliedstaaten diese Richtlinie gemäß Artikel 7 Absatz 1 innerhalb einer Frist von 36 Monaten nach Veröffentlichung der Richtlinie im Amtsblatt in ihr innerstaatliches Recht umsetzen müssen. Der Rat legt den Mitgliedstaaten nahe, die Richtlinie so rasch wie möglich – vor Ablauf dieser Frist – umzusetzen. Der Rat bestätigt, dass die Frist von 36 Monaten für die Umsetzung dieser Richtlinie keinen Präzedenzfall für die Umsetzungsfrist darstellt, die im Hinblick auf die anderen Maßnahmen zu vereinbaren ist, die auf der Grundlage des "Fahrplans zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten in Strafverfahren" anzunehmen sind.(1) (1) ABl. C 295 vom 4.12.2009, S. 1.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EU) Nr. 904/2010 des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer	12193/10 + COR 1 (pl) + COR 2 (de) + COR 3 (fr) + REV 1 (es) + REV 2 (nl)	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates zu Kapitel VIII Der Rat erklärt, dass die Bestimmungen dieses Kapitels auch für die "multilateralen Kontrollen" im Sinne des Artikels 2 der Entscheidung 1482/2007/EG (Fiscalis 2013) vom 11. Dezember 2007 gelten. Erklärung der Kommission zu Kapitel X Die Kommission sagt zu, dafür zu sorgen, dass die erste Sitzung der Gruppe "Eurofisc" binnen kurzem einzuberufen wird. Die Kommission wird ferner Eurofisc in technischer und logistischer Hinsicht unterstützen und dazu insbesondere: technische Unterstützung zur Sicherung des Informationsflusses über schnelle und sichere elektronische Mittel (CCN/CSI-Netz oder andere künftige Computer-Netze); die Sitzungen der Eurofisc-Arbeitsbereiche auf Ersuchen der Eurofisc-Arbeitsbereichskoordinatoren sowie die Sitzungen der Gruppe "Eurofisc" einberufen. Erklärung des Rates zu Kapitel X Der Rat erklärt, dass Eurofisc die Erfahrungen und Erkenntnisse nutzen wird, die von EUROCANET und AUTOCANET – von den belgischen Steuerbehörden entwickelte Netze für die multilaterale Zusammenarbeit – stammen.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3035. Tagung des Rates der Europäischen Union (WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (BINNENMARKT, INDUSTRIE UND FORSCHUNG)) vom 11./12. Oktober 2010 in Luxemburg Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinie 2003/71/EG betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichen ist, und der Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind Erklärung der portugiesischen und der zyprischen Delegation Die vorgeschlagenen Änderungen der Prospektrichtlinie zielen darauf ab, die Belastung für Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, zu beschränken. Dies ist unbestritten ein lobenswertes Ziel, doch sollten der Anlegerschutz, der das Hauptziel der Prospektrichtlinie ist, und der bisher erreichte Grad an Harmonisierung in den Mitgliedstaaten nicht aufs Spiel gesetzt werden. Portugal und Zypern sind in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass die potenziellen negativen Auswirkungen des Vorschlags in seiner derzeitigen Fassung auf die zwei genannten zentralen Aspekte der Prospektrichtlinie – Anlegerschutz und Harmonisierung in den Mitgliedstaaten – bei der Ausarbeitung der Durchführungsmaßnahmen nicht vernachlässigt und von der Kommission bei weiteren Überarbeitungen der Richtlinie erneut sorgfältig bewertet werden sollten.	PE-CONS 29/10 + REV 1 (nl)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie 2010/76/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapitalanforderungen für Handelsbuch und Wiederverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik	PE-CONS 35/10	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der finnischen Delegation Finnland ist der Auffassung, dass die Anwendung von Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie zu einer rückwirkenden Anwendung der Rechtsvorschriften auf private Verträge führen könnte, was im Widerspruch zur bestehenden Auslegung des verfassungsrechtlichen Schutzes von Eigentum steht. Finnland wird deshalb bei der Anwendung dieses Absatzes dem Grunderfordernis der Gewährleistung des verfassungsrechtlichen Schutzes von Eigentum Rechnung tragen. Erklärung des Vereinigten Königreichs Das Vereinigte Königreich weist auf die Änderungen bei der Behandlung von gedeckten Schuldverschreibungen in Anhang I Nummer 2 Buchstaben ba bis bd des Änderungsrechtsakts hin. Diese Änderungen wirken sich auf die Bestimmungen über die Risikogewichtung gedeckter Schuldverschreibungen und die Einbeziehung von Verbriefungen in Pools aus gedeckten Schuldverschreibungen aus, die bis Dezember 2010 zu überprüfen wären. Die Risikogewichte haben nun dauerhaften Charakter und die Einbeziehung von Verbriefungen wurde bis 2013 verlängert. Nach der ursprünglichen Einigung zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament hat der EZB-Rat erhebliche Bedenken hinsichtlich der Einbeziehung von Verbriefungen in Pools aus gedeckten Schuldverschreibungen geäußert. Angesichts dieser Bedenken und der Bedeutung eines soliden aufsichtsrechtlichen Rahmens für die Banken in der Europäischen Union ist das Vereinigte Königreich der Ansicht, dass die beiden vorstehend dargelegten Sachverhalte so bald wie möglich, auf jeden Fall aber rechtzeitig vor den Beratungen über die Vorschläge zur Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie (CRD IV) formell überprüft werden sollten.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau	PE-CONS 44/10 + REV 1 (bg, el, fr, hu, lt, mt, nl, pl, pt, ro, sl, sk) + REV 1 COR 1 (nl, lt)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates und der Kommission Der Rat und die Kommission bestätigen, dass die Genval-Kriterien, die der Rat (Wirtschaft und Finanzen) am 8. Oktober 2002 überprüft hat, nach wie vor die Grundsätze sind, die jeglicher künftigen Makrofinanzhilfe auch weiterhin zugrunde liegen sollten. Erklärung des Rates Im Zusammenhang mit seiner Zustimmung betont der Rat, dass mit Blick auf die generelle Überprüfung des Komitologiebeschlusses 1999/468/EG vom 28. Juni 1999 die geplante Einsetzung eines beratenden Ausschusses, welcher die Durchführung der Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau überwachen soll, keinen Präzedenzfall für künftige Gesetzgebungsvorschläge über eine Makrofinanzhilfe darstellt. Der Rat befürwortet weitere Gespräche mit dem Europäischen Parlament, um eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf die Makrofinanzhilfe vor dem Hintergrund der Genval-Kriterien in der Fassung vom 8. Oktober 2002 zu erzielen.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/67/EG des Rates	PE-CONS 30/10 + COR 1(en) + REV 1 (bg, cs, el, es, et, fr, ga, it, lt, pt, sv, lv, mt, sl, ro) + REV 2 (el) + REV 3 (it) + REV 4 (lt)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der Niederlande Die Niederlande nehmen Kenntnis von der Annahme der Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung und sind besorgt angesichts einiger Probleme, die diese Verordnung aufwirft. Erstens sollte es einem Nettoausführer von Erdgas wie den Niederlanden auch weiterhin selbst überlassen bleiben, Strategien und Maßnahmen zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung festzulegen. Anlass zur Sorge geben zweitens die Investitionen der Regierungen in Erdgasinfrastrukturen, unter anderem in Anlagen für verflüssigtes Erdgas und Speichieranlagen; diese werden mit dem Hinweis auf die Versorgungssicherheit gerechtfertigt, werden vom Markt aber gar nicht benötigt und können schwere Verzerrungen auf dem Erdgasbinnenmarkt verursachen, weil sie zu unlauterem Wettbewerb führen und den Initiativen des Privatsektors schaden. Die Niederlande fordern die Europäische Kommission auf, derartige Investitionen strikt zu überwachen. Drittens legen die Niederlande großen Wert darauf, dass klar und eindeutig festgelegt wird, welche Maßnahmen die Erdgasunternehmen ergreifen müssen, um die Versorgung geschützter Verbraucher mit Erdgas zu gewährleisten. Leider lässt es die Verordnung hier an Klarheit vermissen, denn bei dem Versorgungsstandard handelt es sich nur um einen Mindeststandard; auch ist nicht auf den ersten Blick deutlich, welches Erdgasunternehmen oder welche Gruppe von Erdgasunternehmen Maßnahmen ergreifen muss. Dies könnte lange und mühsame Diskussionen auf nationaler Ebene nach sich ziehen. Um dies zu vermeiden, sollten die Niederlande in diesen Fragen eigenständig – ohne Einflussnahme der Europäischen Kommission – entscheiden können. Außerdem sind die Niederlande der Auffassung, dass die Verbindungsleitungen für niederkalorisches Erdgas von den Verpflichtungen hinsichtlich der Kapazitäten für den Umkehrfluss ausgenommen werden sollten, da ein Umkehrfluss bei dieser besonderen Art von Gas nicht zur sicheren Erdgasversorgung in Europa beiträgt.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zum Wettbewerb im Hinblick auf Erwägungsgrund 45 Nach Auffassung der Kommission gilt der Verweis auf Wettbewerbsverzerrungen in Erwägungsgrund 45 für alle Formen der Wettbewerbsbeschränkung, einschließlich wettbewerbsbeschränkender Vertragsklauseln wie z.B. Gebietsschutzklauseln. Die Kommission bestätigt ferner, dass die Anwendung von Artikel 101 AEUV, auf die im Erwägungsgrund 45 Bezug genommen wird, durch die Kommission bzw. eine oder mehrere zuständige Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten jeweils in Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 erfolgen wird. Erklärung der Kommission über Maßnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Versorgungssicherheit, einschließlich einer Diversifizierung der Erdgasversorgungsquellen und -wege sowie der regionalen und internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz Die Kommission unterstreicht, dass die Diversifizierung der Erdgasversorgungsquellen und -wege von zentraler Bedeutung für die Verbesserung der Sicherheit der Erdgasversorgung in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie in der Union als Ganzes ist. Die Kommission anerkennt die Notwendigkeit der Entwicklung einer Strategie für die langfristige Versorgungssicherheit und wird bis Ende 2010 ein umfassendes Energieinfrastrukturpaket verabschieden, in dem die Prioritäten bei der Entwicklung der Erdgasinfrastrukturen in den nächsten Jahrzehnten und die bisherigen Fortschritte in Bezug auf die bei der zweiten Überprüfung der EU-Energiestrategie bestimmten Prioritäten bewertet werden. In dem Energieinfrastrukturpaket wird festgelegt, mit welchen Instrumenten und Maßnahmen Anreize für Investitionen in Gasinfrastrukturen gesetzt werden sollen, insbesondere einschließlich der Diversifizierung von Versorgungswegen, der Integration so genannter "Erdgasinseln" sowie der Schaffung von Einrichtungen für Flüssiggas (LNG) und Speicherkapazitäten. Die Kommission unterstützt ferner eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten auf allen Ebenen – Mitgliedstaaten, unabhängige Regulierungsbehörden, Erdgasbranche und Verbraucher – im Rahmen der regionalen Initiativen. Im Jahr 2010 wird die Kommission in einer Mitteilung über die regionalen Initiativen Leitlinien für möglichst baldige Fortschritte und die zügige Weiterentwicklung bestehender regionaler Initiativen zur Zusammenarbeit vorlegen. Eine enge regionale Zusammenarbeit ist entscheidend für den Aufbau eines voll funktionsfähigen Energiebinnenmarktes. Die Mitteilung über regionale Initiativen wird auch Vorschläge zu gemeinsamen Zielen und bewährten Verfahren enthalten. Schließlich unterstreicht die Kommission die Bedeutung der Energieeffizienz bei der Gewährleistung einer langfristigen Sicherheit der Energieversorgung. Die Kommission wird sich weiterhin für eine enge Zusammenarbeit mit Drittländern einsetzen, um eine Verbesserung der Energieeffizienz durch den Austausch von Informationen über Energiesparstrategien, die Forschung im Bereich energieeffizienter Technologien, die Verbreitung bewährter Verfahren sowie im Rahmen der internationalen Partnerschaft für die Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz und im Rahmen bilateraler Übereinkünfte zu ermöglichen.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in und/oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG	PE-CONS 34/10	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen	PE-CONS 33/10 + COR 1 (fi) + REV 1 (fr) + REV 2 (sl)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer SE: dagegen PT, CZ: Enthaltung
Erklärung der schwedischen Delegation Schweden unterstützt voll und ganz das Ziel der Verordnung, d.h. die globale Begrenzung des illegalen Holzeinschlags. Aus den nachstehend angegebenen Gründen kann sich Schweden jedoch den Beschluss des Rates über das Dossier 2008/0198 (COD) nicht zu eigen machen. Schweden bezweifelt, dass der höhere Verwaltungsaufwand, den die Verordnung für eine große Anzahl von Unternehmen in der EU mit sich bringt, in einem angemessenen Verhältnis zu der durch die Verordnung gebotenen Möglichkeit einer globalen Begrenzung des illegalen Holzeinschlags steht. Es besteht die Gefahr, dass die Verordnung unverhältnismäßige Auswirkungen für Drittländer und somit Handelsverzerrungen mit sich bringt. Erklärung der Tschechischen Republik, Finnlands, Italiens, Litauens, Luxemburgs, Sloweniens, Schwedens und Rumäniens Bei der Anwendung dieser Verordnung werden sich die vorgenannten Mitgliedstaaten bemühen, den Verwaltungsaufwand aufgrund der Verordnung so gering wie möglich zu halten, und es ehrlichen Marktteilnehmern erleichtern, die Anforderungen der Verordnung einzuhalten, wobei die Lage kleiner und mittlerer Unternehmen / Marktteilnehmer berücksichtigt wird. Erklärung Portugals Im Kontext der globalen Krise in Europa und der Welt kann der Erlass von Vorschriften, die den europäischen Wirtschaftsteilnehmern möglicherweise zusätzliche Kosten verursachen, dazu führen, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmen sich verschlechtern und die europäischen Erzeuger an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Daher betrachten wir die Annahme der Verordnung über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen, mit großer Besorgnis. Die zugrunde liegenden Ziele, insbesondere die Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags, die unsere Befürwortung finden, stellen wir nicht in Frage, jedoch halten wir die mit der Verordnung auferlegten Verpflichtungen für unverhältnismäßig. Dies ist besonders besorgniserregend, da es sich um einen Wirtschaftszweig handelt, der zahlreiche KMU umfasst, so dass – wie Portugal im März 2010 bei der Billigung des gemeinsamen Standpunkts in einer Erklärung für das Ratsprotokoll vorgeschlagen hat – eine vereinfachte Regelung für diese Unternehmen angestrebt werden sollte.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004	PE-CONS 32/10 + REV 1 (cs) + REV 2 (sv) + REV 3 (pl) + REV 4 (it)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der italienischen Delegation Italien weist darauf hin, dass die Verordnung über die Passagierrechte im See- und Binnenschiffsverkehr in der vom Europäischen Parlament in zweiter Lesung angenommenen Fassung in mehreren Punkten wesentlich vom Gemeinsamen Standpunkt des Rates vom Oktober 2009 abweicht. Insbesondere ist festzustellen, dass mit den Abänderungen die große Bedeutung der Unterstützungspflichten in der Seeschifffahrt noch weiter betont wird, während die Binnenschifffahrt weitgehend ausgeklammert wird, was dazu führt, dass die vorgegebene Zielsetzung, nämlich der Schutz der Passagiere in sämtlichen gemeinschaftlichen Verkehrssektoren, rein deklamatorischen Charakter erhält. Einige Aspekte der Verordnung werden mit Sicherheit negative Auswirkungen auf die nationale Seeschifffahrt haben, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie die Verbindung zwischen dem italienischen Festland und den kleinen und großen Inseln herstellt, eine erhebliche Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen beschäftigt, eine vielfältige Hafen- und Inselstruktur aufweist und im Laufe des Jahres ein uneinheitliches Verkehrsaufkommen zu verzeichnen hat. Italien erkennt zwar an, dass die Verordnung Gelegenheit bietet, die Qualität der gemeinschaftlichen Seeverkehrsdienste tatsächlich zu verbessern und die Rechte der Passagiere im See- und Binnenschiffsverkehr zu stärken; dennoch ist es mit einigen Aspekten dieser Verordnung nicht einverstanden, da diese der besonderen Struktur dieses Sektors in Italien – wie auch in anderen Ländern der Gemeinschaft – nicht Rechnung tragen, in dem vor allem kleine und mittlere Unternehmen speziell im gemischten Güter- und Personenverkehr mit Autofähren oftmals nur saisonal tätig sind, die ohnehin bereits unter der jüngsten Krise sehr zu leiden haben und sich derzeit in einer schwierigen Phase der Umstrukturierung (Privatisierung) befinden. In der Tat besteht Anlass zur Besorgnis, weil die ausschließlich oder vorwiegend im Güterverkehr operierenden Einheiten nicht ausdrücklich ausgeklammert wurden, was dazu geführt hat, dass der Anwendungsbereich allzu weit gefasst ist (und nunmehr auch Schiffe erfasst, die für die Beförderung von mehr als 12 Passagieren zugelassen sind), einige Bestimmungen über die Hilfeleistung (die bei mehr als 90 Minuten Verspätung gegenüber dem vorgesehenen Fahrplan greifen) sehr strikt formuliert sind und die besonderen Umstände, unter denen bestimmte Abweichungen von der Hilfeleistung zum Tragen kommen, nicht berücksichtigt worden sind: Diese Vorschriften werden einen Sektor, der bereits mit rückläufigen Tendenzen zu kämpfen hat, in erheblichem Maße zusätzlich belasten. Bei den oben aufgezeigten Aspekten handelt es sich um problematische Punkte der Verordnung, die zuletzt weniger klar formuliert worden ist und unter Zugrundelegung dieser jüngsten Fassung weniger gut anwendbar und im Übrigen nunmehr ein Instrument ist, das die Bilanzen der beteiligten Verkehrsunternehmer stark belasten wird: Man darf in der Tat nicht außer Acht lassen oder unterschätzen, dass es die Unternehmen sein werden, die die aus der Anwendung der Verordnung resultierenden – unmittelbaren oder mittelbaren – Kosten zu tragen haben, und dass dabei tatsächlich die Gefahr besteht, dass viele Unternehmer dieses Sektors vom Markt verschwinden und das Verkehrsangebot eingeschränkt wird.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der griechischen Delegation Die Hellenische Republik unterstützt uneingeschränkt und vorbehaltlos die Ziele des Vorschlags für eine Verordnung über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr, der für ein Schifffahrtsland wie Griechenland von besonderer Bedeutung ist, insbesondere insofern als er die Rechte der großen Zahl jährlich beförderter Fahrgäste stärker und wirksamer schützt. Die Hellenische Republik legt jedoch Wert darauf zu erklären, dass sich der Verordnungsvorschlag ihres Erachtens durch eine größere Ausgewogenheit zwischen den grundlegenden Rechten der Passagiere, die angemessen geschützt werden, und den berechtigten Interessen der im Schiffsverkehr tätigen (vor allem kleinen und mittleren) Beförderer auszeichnen müsste; Letztere werden nämlich in bestimmten, nicht selbst verschuldeten Fällen (höhere Gewalt, außergewöhnliche Umstände) mit übertrieben hohen Kosten belastet. Insbesondere ist die Hellenische Republik der Auffassung, dass unter die Ausnahmen nach Artikel 20 und insbesondere dessen Absatz 3 auch die Verpflichtung zur Unterbringung (Artikel 17 Absatz 2) fallen müsste, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, wie beispielsweise bei Such- oder Rettungstätigkeiten, Krankentransporten, Vorfällen im Zusammenhang mit der Sicherheit des Schiffes und der Passagiere und Tätigkeiten zur Deckung eines dringenden Beförderungsbedarfs, die für den effizienten Betrieb des äußerst ausgedehnten griechischen Küstenschifffahrtsnetzes von wesentlicher Bedeutung sind. In diesem Rahmen ersucht die Hellenische Republik die Europäische Kommission, so rasch wie möglich eine Studie über die voraussichtlichen Auswirkungen vorzulegen, die sich aus der Umsetzung und Anwendung der betreffenden Verordnung für die Mitgliedstaaten und die Beförderer ergeben würden.			
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Richtlinie 94/56/EG	PE-CONS 36/10 + COR 1 (fi) + REV 1 (bg)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
3036. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 14. Oktober 2010 in Luxemburg			
Richtlinie 2010/66/EU des Rates vom 14. Oktober 2010 zur Änderung der Richtlinie 2008/9/EG zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer gemäß der Richtlinie 2006/112/EG an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige	13936/10 + COR 1 (hu) + COR 2 (fi) + COR 3 (sl)	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER GESETZGEBUNGSAKTE OKTOBER 2010			
TITEL DES GESETZGEBUNGSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3037. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 15. Oktober 2010 in Luxemburg Standpunkt des Rates vom 15. Oktober 2010 zum Berichtigungsschreiben Nr. 1 zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2011 Erklärung zum Berichtigungsschreiben Nr. 1/2011 Der Rat weist darauf hin, wie wichtig es ist, dass die Errichtung des EAD nach dem Grundsatz der Kostenwirksamkeit erfolgt und möglichst haushaltsneutral ist. Das Konzept der Haushaltsneutralität sollte im Kontext der im EU-Haushaltsplan vorgesehenen Ressourcen gesehen werden, auch wenn über etwaige neue Gebäude entschieden wird. Der Rat erwartet für Anfang 2011 einen Bericht über einen Effizienzplan für Einsparungen/ Umschichtungen, der sowohl kurz- wie mittelfristig konkrete Schritte hin zur Haushaltsneutralität aufzeigt und regelmäßig überprüft werden sollte.	15000/10	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer PL: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE OKTOBER 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3034. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 7./8. Oktober 2010 in Luxemburg 2010/616/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen Dok. 13377/10 Beschluss 2010/603/GASP des Rates vom 7. Oktober 2010 betreffend weitere Maßnahmen zur Unterstützung der wirksamen Ausführung des Mandats des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) Dok. 13720/10 Erklärung der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu Eurofisc, das nach Kapitel X der Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer eingerichtet worden ist Dok. 12569/1/10 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates über das weitere Vorgehen bei der Umsetzung von Rechtsinstrumenten zur Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen Dok. 13403/1/10 REV 1	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2010/649/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Islamischen Republik Pakistan über die Rückübernahme von Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung Dok. 5942/10 Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission zu Artikel 20 Absatz 3 Der Rat und die Kommission erklären, dass die Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 3 Ausnahmecharakter haben; dies hängt mit den Verhandlungen mit Pakistan zusammen. Sie sind kein Präzedenzfall für andere Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen der Gemeinschaft, deren Ergebnis eine solche Einschränkung des Anwendungsbereichs ausschließen wird. Die Bestimmungen sind darüber hinaus so auszulegen, dass durch sie die Beweislast bei demjenigen liegt, der die Bestimmungen geltend macht und der in diesem Falle nachweisen muss, dass er vor dem Inkrafttreten des Abkommens in das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staats eingereist ist. Die Auswirkungen von Artikel 20 Absatz 3, insbesondere hinsichtlich der tatsächlichen Rückübernahme eigener Staatsangehöriger, die vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgeschlossen sind, werden insbesondere im Rahmen des Gemischten Rückübernahmeausschusses aufmerksam überwacht. Die Kommission oder jeder betroffene Mitgliedstaat kann ebenfalls die zuständigen Gremien des Rates befassen, wenn in diesem Bereich größere Schwierigkeiten auftreten, damit die zur Beseitigung der Schwierigkeiten zu ergreifenden Maßnahmen festgelegt werden. Erklärung Frankreichs zur gemeinsamen Erklärung zu Artikel 8 Absatz 2 Frankreich nimmt die gemeinsame Erklärung zu Artikel 8 Absatz 2 und den Umstand zur Kenntnis, dass sie darauf abzielt, die Ausstellung des Reisedokuments in die Frist von höchstens 30 Tagen für die Beantwortung eines Rückübernahmeersuchens, das Frankreich an Pakistan richtet, einzuschließen, wenn dem Rückübernahmeersuchen stattgegeben wird. Die auf diese Weise ausgelegte Anwendung dieser gemeinsamen Erklärung wird insbesondere im Rahmen des Gemischten Rückübernahmeausschusses Gegenstand einer aufmerksamen Überwachung sein müssen. Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Islamischen Republik Pakistan über die Rückübernahme von Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung Dok. 5942/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2010/621/EU: Beschluss des Rates vom 8. Oktober 2010 über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Föderativen Republik Brasilien über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen, Dienstpässen oder sonstigen amtlichen Pässen von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten Dok. 13657/10 + REV 1 (hu) 2010/622/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Föderativen Republik Brasilien über die Befreiung der Inhaber gewöhnlicher Reisepässe von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten Dok. 13658/10 + COR 1 (hu) 2010/620/EU: Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über die Unterzeichnung eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits über ein Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko über die allgemeinen Grundsätze für die Teilnahme des Königreichs Marokko an den Programmen der Union Dok. 12710/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Indonesien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 10843/10	
Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es vorzuziehen, dass das Abkommen mit der Republik Indonesien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten allein von der Gemeinschaft geschlossen wird. Die gleichen Überlegungen würden in Bezug auf ähnliche Abkommen gelten, solange sie im Einklang mit dem durch Ratsbeschluss vom 5. Juni 2003 erteilten Mandat über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen geschlossen werden und nicht über die Grenzen dieses Mandats hinausgehen. Dieser Beschluss bildet keinen Präzedenzfall für die Ausübung der jeweiligen Befugnisse der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf andere als die oben genannten Abkommen, z.B. Abkommen im Sinne des Beschlusses des Rates vom 5. Juni 2003 zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs aufzunehmen, die als gemischte Abkommen zu schließen sind. Dieser Beschluss schafft weder neue Zuständigkeiten der Gemeinschaft in Bezug auf externe Abkommen über Luftverkehrsdienste noch berührt er die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten.	
Schlussfolgerungen des Rates über die Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor zur Verbesserung der Sicherheit von Explosivstoffen Dok. 13485/10	
3035. Tagung des Rates der Europäischen Union (WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (BINNENMARKT, INDUSTRIE UND FORSCHUNG)) vom 11./12. Oktober 2010 in Luxemburg 2010/623/EU: Beschluss des Rates vom 11. Oktober 2010 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banca d'Italia Dok. 12947/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE OKTOBER 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Europa – wichtigstes Reiseziel der Welt: ein neuer politischer Rahmen für den europäischen Tourismus" Dok. 13930/10	
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Steigerung der Attraktivität der EU-Forschungs- und Innovationsprogramme: die Schwierigkeit der Vereinfachung" Dok. 14980/10	
Schlussfolgerungen des Rates zur Einleitung von Initiativen für die gemeinsame Planung in den Bereichen "Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Klimawandel", "Kulturelles Erbe und globaler Wandel als neue Herausforderung für Europa" und "Gesunde Ernährung für ein gesundes Leben" Dok. 14976/10	
3036. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 14. Oktober 2010 in Luxemburg	
Beschluss des Rates betreffend die Teilnahme der Europäischen Union an den Verhandlungen im Rahmen des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen Dok. 13480/10	
Schlussfolgerungen des Rates zur Vorbereitung der 10. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 10) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) (Nagoya, 18.-29. Oktober 2010) Dok. 14161/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO2-Emissionen" Dok. 14192/10 Schlussfolgerungen des Rates zu den Vorbereitungen für die 16. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP 16) des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und für die 6. Tagung der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls (CMP 6) (29. November bis 10. Dezember 2010 in Cancún) Dok. 14957/10 3037. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 15. Oktober 2010 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zum Aktionsplan für Anwendungen des Globalen Satellitennavigationssystems (GNSS) Dok. 14146/10 Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits Dok. 14030/10 Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Abkommens über den gemeinsamen Luftverkehrsraum zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits Dok. 14031/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSÄKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSÄKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 1/2010 des Rechnungshofs (gemäß Artikel 287 Absatz 4 Unterabsatz 2 AEUV): Werden die vereinfachten Zollverfahren für Einfuhren wirksam kontrolliert? Dok. 12760/3/10 REV 3 Beschluss 2010/619/GASP des Rates vom 15. Oktober 2010 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, EULEX KOSOVO Dok. 13122/10 + COR 1 Durchführungsbeschluss des Rates vom 15. Oktober 2010 zur Ermächtigung der Italienischen Republik, eine von Artikel 285 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem abweichende Sonderregelung weiter anzuwenden Dok. 13929/10 3038. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT UND FINANZEN) vom 19. Oktober 2010 in Luxemburg 2010/655/EU: Beschluss des Rates vom 19. Oktober 2010 über den Abschluss — im Namen der Europäischen Union — des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Zusammenarbeit beim Schutz der Küsten und Gewässer des Nordostatlantiks gegen Verschmutzung Dok. 14476/10 Schlussfolgerungen des Rates zur Gewährleistung der Effizienz und Effektivität der öffentlichen Ausgaben im Bereich der Hochschulbildung in der Zukunft Dok. 14638/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur Überprüfung bewährter Praktiken durch den Ausschuss für Wirtschaftspolitik Dok. 14613/10 3039. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 21. Oktober 2010 in Luxemburg Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat, der gemäß dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kroatien andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Dok. 11217/10 + REV 1 (nl) + REV 2 (pt) Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Dok. 11213/10 + REV 1 (nl) + REV 2 (pt) Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Dok. 11211/10 + COR 1 (sl) + REV 1 (nl) + REV 2 (lt) + REV 3 (pt)	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Demokratischen Volksrepublik Algerien andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Dok. 11214/10 + COR 1 + REV 2 (pt) + REV 3 (nl) Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Assoziationsrat, der gemäß dem Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Dok. 11215/10 + COR 1 + REV 2 (pt) + REV 3 (nl) Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über den Standpunkt der Europäischen Union im Stabilitäts- und Assoziationsrat, der gemäß dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits eingerichtet worden ist, zur Annahme von Bestimmungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Dok. 11216/10 + REV 1 (nl) + REV 2 (lt) + REV 3 (pt)	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2010/707/EU: Beschluss des Rates vom 21. Oktober 2010 über Leitlinien für beschäftigungs- politische Maßnahmen der Mitgliedstaaten Dok. 14338/10 Erklärung Zyperns zu Erwägungsgrund 8 Zypern befürwortet voll und ganz die Vorstellungen, die dem Erwägungsgrund 8 des Beschlusses des Rates über Leitlinien für beschäftigungs- politische Maßnahmen der Mitgliedstaaten zugrunde liegen. Aus grundsätzlichen Erwägungen möchte Zypern jedoch zu Protokoll geben, dass zusätzlich zu den verschiedenen Strategien für die Bewältigung der Wirtschaftskrise, auf die in Erwägungsgrund 8 des Beschlusses Bezug genommen wird, auch darauf Bezug genommen werden sollte, dass durch die vorgeschlagenen Maßnahmen der soziale Zusammenhalt sichergestellt und bewahrt werden muss. Zypern ist der Auffassung, dass die EU ihrer Aufgabe als Hüterin der sozialen Dimension Europas nur gerecht wird, wenn sie bei der Durchführung der durchaus dringend erforderlichen haushaltspolitischen und makroökonomischen Reformen und der Verbesserung der "Arbeitsmarktlage" dafür sorgt, dass das Erfordernis des sozialen Zusammenhalts uneingeschränkt geachtet wird. Dies ist wichtig, damit die Rolle des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) bei der Steuerung der Strategie "EU 2020" gewahrt und verstärkt wird. Zypern unterstützt entschieden jede Initiative, mit der der soziale Zusammenhalt der Mitgliedstaaten und die soziale Dimension der Union und natürlich der Schutz ihrer Bürger verbessert und gestärkt werden. Dies muss wesentlicher Bestandteil aller Bemühungen sein, mit denen nachhaltige haushaltspolitische und makroökonomische Reformen erreicht werden sollen. Schlussfolgerungen des Rates zur Steuerung der Europäischen Beschäftigungsstrategie im Rahmen der Strategie "Europa 2020" und des europäischen Semesters Dok. 14478/10 3040. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN) vom 25. Oktober 2010 in Luxemburg Durchführungsverordnung (EU) Nr. 965/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einführen von Natriumgluconat mit Ursprung in der Volksrepublik China ABl. L 282 vom 28.10.2010, S. 24-28	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer UK: Enthaltung

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 964/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren bestimmter Fahrzeugräder aus Aluminium mit Ursprung in der Volksrepublik China ABl. L 282 vom 28.10.2010, S. 1-23 Verordnung (EU) Nr. 973/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 über die zeitweilige Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren in die autonomen Regionen Azoren und Madeira ABl. L 285 vom 30.10.2010, S. 4-8 Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Bewertung der Durchführung der Vorruhestandsregelung nach Artikel 9 des Anhangs VIII des Beamtenstatuts und Artikel 39 der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften Dok. 14699/10	
Erklärung der österreichischen Delegation Österreich bezweifelt, dass die Vorruhestandsregelung nach Artikel 9 Absatz 2 des Anhangs VIII des Beamtenstatuts haushaltsneutral ist, und hält diese Regelung überdies nicht für ein geeignetes klassisches Instrument der Personalverwaltung. Österreich ersucht deshalb die Kommission, bis Mitte 2011 einen Gesetzgebungsvorschlag zur Aufhebung von Artikel 9 Absatz 2 des Anhangs VIII des Beamtenstatuts vorzulegen. Erklärung der Kommission Die Kommission betont, dass ihr Bericht an den Rat über die Vorruhestandsregelung keinerlei Zahlenangaben zu den langfristigen Perspektiven enthält, da dies im Statut nicht vorgeschrieben ist. Daher besteht aus ihrer Sicht für den Rat kein Grund zu der Annahme, dass die Regelung auf lange Sicht nicht haushaltsneutral ist. Die Kommission weist darauf hin, dass die Quote von 10 % pro Jahr lediglich aufgrund der außergewöhnlichen Umstände nach der Erweiterung angewandt wurde und nichts darauf hindeutet, dass diese Höchstquote in den kommenden Jahren systematisch ausgeschöpft wird.	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Antrag der Republik Serbien auf Beitritt zur Europäischen Union Dok. 15305/2/10 REV 2 Erklärung der Kommission Die Kommission beabsichtigt, ihre Stellungnahme in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 vorzulegen. Bei ihrer diesbezüglichen Empfehlung an den Rat wird die Kommission eine Beurteilung auf der Grundlage der politischen Kriterien von Kopenhagen und der Bedingungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses, die eine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem IStGHJ und eine gute regionale Zusammenarbeit einschließen, vornehmen. 3041. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 25. Oktober 2010 in Luxemburg Schlussfolgerungen des Rates zur Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Auf dem Weg zu einer umfassenden europäischen Auslandsinvestitionspolitik Dok. 14373/10 BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten im Namen der Union Dok. 13752/10 BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung - im Namen der Union - eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Union und dem Haschemitischen Königreich Jordanien zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Haschemitischen Königreich Jordanien andererseits betreffen Dok. 13756/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
BESCHLUSS DES RATES über die Unterzeichnung - im Namen der Union - eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Union und der Arabischen Republik Ägypten zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Arabischen Republik Ägypten andererseits betreffen Dok. 13760/10 Schlussfolgerungen des Rates zu Belarus Dok. 15014/10 Schlussfolgerungen des Rates zu Usbekistan Dok. 14949/10 + COR 1 (fi) Schlussfolgerungen des Rates zu den Westlichen Balkanstaaten - Bosnien und Herzegowina Dok. 15129/10 Verordnung (EU) Nr. 961/2010 des Rates vom 25. Oktober 2010 über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 423/2007 Dok. 14062/10 + REV 1 (en) Beschluss 2010/644/GASP des Rates vom 25. Oktober 2010 zur Änderung des Beschlusses 2010/413/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran und zur Aufhebung des Gemeinsamen Standpunkts 2009/140/GASP Dok. 14721/10	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE OKTOBER 2010	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss 2010/638/GASP des Rates vom 25. Oktober 2010 über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea Dok. 14580/10	
Beschluss 2010/639/GASP des Rates vom 25. Oktober 2010 über restriktive Maßnahmen gegen einzelne belarussische Amtsträger Dok. 14727/10	
Überarbeitete Leitlinien für den Schutz von Zivilpersonen bei GSVP-Missionen und -Operationen Dok. 15091/10	
Schlussfolgerungen des Rates zur Republik Moldau Dok. 15521/10	
Schlussfolgerungen des Rates zur Sahelzone Dok. 15570/10	
Schlussfolgerungen des Rates zur Östlichen Partnerschaft Dok. 15520/10	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER GESETZGEBUNGSAKTE
OKTOBER 2010**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3042. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI) vom 26. Oktober 2010 in Luxemburg 2010/739/EU: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gemäß Nummer 28 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 17. Mai 2006 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftliche Haushaltsführung (Antrag EGF/2009/021 IE/SR Technics, Irland) Dok. 13898/10 Beschluss des Rates zur Festlegung der finanziellen Beiträge der zum Europäischen Entwicklungsfonds beitragenden Mitgliedstaaten (3. Tranche 2010) Dok. 15043/10 Schriftliches Verfahren vom 29. Oktober 2010 Beschluss 2010/656/GASP des Rates vom 29. Oktober 2010 zur Verlängerung der restriktiven Maßnahmen gegen Côte d'Ivoire Dok. 15254/10	